

Brexit | 02.06.2016 | Lesezeit 5 Min.

Britische Wünsche bleiben unerfüllt

Entscheiden sich die Bürger des Vereinigten Königreichs am 23. Juni für den Austritt ihres Landes aus der Europäischen Union, muss die Regierung in London die Zusammenarbeit mit der EU auf politischer und wirtschaftlicher Ebene neu regeln. Ein für die Briten maßgeschneidertes Abkommen wird dabei aber nicht herauspringen – aus mehreren Gründen.

Wird 2016 zu einem Schicksalsjahr für die Europäische Union? Wenn die Briten bei der Volksabstimmung „No“ zur EU-Mitgliedschaft sagen, würde in der Tat zum ersten Mal ein Land die Gemeinschaft verlassen. Der Austritt würde erfolgen, sobald dessen Modalitäten sowie der Rahmen der künftigen Beziehungen in einem Abkommen festgelegt wären – spätestens aber zwei Jahre, nachdem London den Austritt mitgeteilt hat. Nur in beiderseitigem Einvernehmen ließe sich diese Frist verlängern.

Was sich die Brexit-Befürworter wünschen

Die Fürsprecher eines Brexit spekulieren darauf, mit der EU ein Abkommen auszuhandeln, das sich ganz nach ihren Wünschen richtet. Im Einzelnen:

1. **Weiterhin Zugang zum Binnenmarkt.** An der Möglichkeit, ihre Waren und Dienstleistungen ungehindert in der EU anzubieten, wollen auch die Brexit-Befürworter nicht rütteln – an der Gemeinsamen Agrarpolitik oder der Regionalpolitik der EU soll sich das Vereinigte Königreich aber nicht mehr beteiligen.



















2. **Mehr Freiheit.** Die Brexit-Anhänger wollen die von ihnen als Ballast empfundenen Regulierungen der EU abschütteln und möchten die wirtschaftlichen Beziehungen mit Ländern außerhalb der EU nach eigenem Gusto gestalten.
3. **Finanzielle Entlastung.** Den britischen Beitrag zum EU-Haushalt wollen die Kritiker natürlich einsparen. Im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014 waren das netto 8,5 Milliarden Euro beziehungsweise gut 0,4 Prozent des britischen Bruttoinlandsprodukts.
4. **Ende der Freizügigkeit.** Zu den zentralen Argumenten der Brexit-Befürworter zählt auch, dass Großbritannien dann wieder selbst bestimmen könne, unter welchen Bedingungen sich Bürger aus den EU-Staaten im Vereinigten Königreich aufhalten dürfen.

Unrealistische Wünsche

Ein Abkommen, das all diese Wünsche erfüllt und mit dem sich London quasi die Rosinen aus dem EU-Kuchen picken kann, dürfte in Brüssel aber kaum eine Chance haben. Denn die EU wird sicherlich alles daransetzen, dass der Austritt für die Briten schmerzliche Folgen haben wird – schon deshalb, weil sie mögliche Nachahmer abschrecken und einem allmählichen Zerfall der Staatengemeinschaft vorbeugen will.

Vereinigtes Königreich und EU in Zahlen

im Jahr 2015

	Vereinigtes Königreich	EU
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Milliarden Euro	2.569 	14.635 
Anteil am weltweiten BIP in Prozent, um Kaufkraft- unterschiede bereinigt	2,4 	16,9 
Reales BIP, Veränderung gegenüber 2014 in Prozent	2,3 	2,0 
Bevölkerung in Millionen	65,1 	509,5 
BIP je Einwohner in Euro	39.500 	28.700 
Arbeitslosenquote in Prozent	5,3 	9,4 
Haushaltssaldo in Prozent des BIP	-4,4 	-2,4 
Schuldenstand in Prozent des BIP	89,2 	86,8 
Handelsverflechtung in Prozent	44,4 	6,5 

Handelsverflechtung Vereinigtes Königreich: Anteil der Exporte in die EU in Prozent aller Exporte; Handelsverflechtung EU: Anteil der Exporte ins Vereinigte Königreich in Prozent aller Exporte

Ursprungsdaten: EU-Kommission, Eurostat, Internationaler Währungsfonds; © 2016 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Vor diesem Hintergrund spricht alles für ein zähes und langes Ringen um eine Einigung. Einen Anhaltspunkt für die mögliche Verhandlungsdauer gibt der Blick auf jene Handelsabkommen, die die EU mit Drittstaaten geschlossen hat – bis zur Einigung vergingen zwischen vier und neun Jahre.

Welcher Verhandlungspartner seine Vorstellungen in welchem Maße durchsetzen kann, hängt zudem von der jeweiligen Marktmacht ab. Und da hat Großbritannien nicht allzu gute Karten (Grafik):

Im Jahr 2015 lieferte das Vereinigte Königreich gut 44 Prozent seiner Ausfuhren in die übrigen EU-Mitgliedsstaaten - aber nur 6,5 Prozent aller EU-Exporte gingen auf die britischen Inseln.

Die EU ist demnach in wesentlich geringerem Maße auf den Zugang zum britischen Markt angewiesen als umgekehrt.

Die wirtschaftliche Verhandlungsmacht Großbritanniens wäre außerhalb der EU eher klein – der kaufkraftbereinigte Anteil des Vereinigten Königreichs am weltweiten Bruttoinlandsprodukt beträgt lediglich 2,4 Prozent.

Für langwierige Verhandlungen spricht zudem, dass das Austrittsabkommen je nach konkreter Ausgestaltung möglicherweise von allen EU-Staaten ratifiziert werden muss, die qualifizierte Mehrheit im Rat der EU also nicht ausreicht.

Verlassen die Briten die europäische Familie, müssen sie aber nicht nur mit der EU ihre Beziehungen neu regeln, sondern auch mehr als 30 Handelsabkommen mit über 50 Drittländern neu verhandeln, zum Beispiel mit Mexiko, Südafrika und Südkorea. Außerdem müsste das Vereinigte Königreich mit den USA neue Verhandlungen als Ersatz für TTIP - das transatlantische Freihandelsabkommen - aufnehmen. Da jedes einzelne Vertragsverfahren mit großem Aufwand verbunden ist, wird es sehr lange dauern, bis alle neuen Abkommen unter Dach und Fach sind. Zudem dürften sich auch diese Länder nicht allzu freimütig auf neue Zugeständnisse einlassen, denn im Vergleich zur EU ist Großbritannien dann doch eher ein kleiner und damit

schwächerer Partner:

Um Kaufkraftunterschiede bereinigt, erwirtschaftet die EU-28 fast 17 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) - das Vereinigte Königreich allein kommt lediglich auf einen Anteil von 2,4 Prozent.

Zwar können die Briten nach dem EU-Austritt beispielsweise die bisher im Zuge der EU-Agrarpolitik erhobenen Zölle und sonstigen Handelsbarrieren abschaffen. Doch dann haben sie in künftigen Verhandlungen mit Drittstaaten kein Ass mehr im Ärmel - warum sollten diese Länder den Briten noch entgegenkommen, wenn sie schon freien Zugang zum britischen Markt haben?

Brexit schwächt die britische Wirtschaft und vernichtet Arbeitsplätze

All dies spricht dafür, dass die Rechnung der Brexit-Fans nicht aufgeht und das Vereinigte Königreich wirtschaftlich am Ende als Verlierer dasteht. Die Frage ist nur, wie stark der Brexit die britische Volkswirtschaft treffen würde. Es gibt mehrere Studien, in denen die Briten relativ glimpflich davontämen - die langfristigen Kosten eines EU-Austritts lägen demnach zwischen 1 und weniger als 5 Prozent des britischen BIP.

Diese Analysen erfassen jedoch die Vorteile der wirtschaftlichen Verzahnung Großbritanniens mit der EU nur unzureichend. Meist übersehen sie zum Beispiel jene positiven Effekte, die dadurch entstehen, dass die europäische Integration nicht nur zu mehr Handel, sondern auch zu einem stärkeren Zufluss von Direktinvestitionen führt. Das erhöht die Wettbewerbsintensität, was wiederum mehr Innovationen und eine effizientere Nutzung der Ressourcen wie Arbeit und Kapital zur Folge hat.

Daher ist es plausibel anzunehmen, dass der Brexit deutlich gravierendere Folgen hätte. Das britische Finanzministerium zum Beispiel rechnet damit, dass es schon innerhalb von zwei Jahren zu einem regelrechten Schock kommt:

Der Brexit würde die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs kurzfristig bis zu 6 Prozent des BIP kosten und die Arbeitslosenzahl um bis zu 820.000 steigen lassen.

Eine weitere Untersuchung des britischen Finanzministers geht im ungünstigsten Szenario davon aus, dass das britische BIP längerfristig - nach 15 Jahren - um bis zu

9,5 Prozent geringer wäre, als wenn das Land in der EU bliebe. Rein rechnerisch würde jeder britische Haushalt dadurch rund 6.600 Pfund im Jahr verlieren (1 Britisches Pfund entspricht derzeit etwa 1,30 Euro).

Nun mag man argumentieren, die Regierung in London würde solch negative Zahlen absichtlich lancieren, um die Brexit-Befürworter abzuschrecken. Doch die Zahlen scheinen realistisch zu sein – jedenfalls wartet die OECD mit ähnlichen Daten auf: Sie beziffert den Brexit-Effekt auf das britische BIP in ihrem pessimistischen Szenario auf minus 7,7 Prozent und kommt damit auf einen Wohlstandsverlust von 5.000 Pfund je Haushalt.

Kernaussagen in Kürze:

- Im Jahr 2015 lieferte das Vereinigte Königreich gut 44 Prozent seiner Ausfuhren in die übrigen EU-Mitgliedsstaaten – aber nur 6,5 Prozent aller EU-Exporte gingen auf die britischen Inseln.
- Um Kaufkraftunterschiede bereinigt, erwirtschaftet die EU-28 fast 17 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts – das Vereinigte Königreich allein kommt lediglich auf einen Anteil von 2,4 Prozent.
- Der Brexit würde die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs kurzfristig bis zu 6 Prozent des BIP kosten und die Arbeitslosenzahl um bis zu 820.000 steigen lassen.